

Der Solarpark in Abbehausen – Unterstützung für den Klimaschutz

Herr Vorsitzender,
Herr Bürgermeister,
verehrte Anwesende,

die Thematik der Errichtung neuer PV-Anlagen in den Gemeinden ist politisch und in der Umsetzung sehr aktuell und dem unausweichlichen Klima- und Energiewandel geschuldet. Die Diskussionen über Notwendigkeiten, Standorte, Ausführung, Bürgerbeteiligung usw. werden hitzig geführt – was ja nicht schlecht ist, wenn sie **sachlich** geführt werden.

Für die WIN ist es sonnenklar, dass wir alle Verantwortung tragen müssen für unsere Umwelt und deren Erhalt für unsere Kinder. Das bedeutet für uns, dass wir **jetzt** etwas tun müssen, weil der globale Temperaturanstieg alarmierend und es daher eher 5 **nach** als 5 **vor** 12 ist. Wussten Sie, dass bis 2100 der Meeresspiegel hier in unserem Raum um **einen Meter** angestiegen sein wird?

Das ist vor unserer Haustür und nicht in den Alpen!

Nur das Gegensteuern gegen den Klimawandel – weitgehend hervorgerufen durch den selbstgemachten CO²-Ausstoß – kann uns noch helfen und die negativen Auswirkungen auf unser Leben abbremsen, bis technisch wirksamere Lösungen gefunden wurden. Photovoltaik unterstützt neben Windkraft die umweltfreundliche Elektrifizierung von Verkehr und Industrie, um den Ausstoß von hohen CO²-Emissionen bei Verwendung fossiler Brennstoffe immer weiter zu verringern.

Das Handeln **jetzt** schließt den eiligen Ausbau von genutzter Solarenergie ein. Leider sind wir noch nicht soweit, dass wir für die Aufstellung von PV-Anlagen ausschließlich oder zumindest überwiegend auf versiegelte Flächen setzen können. Das hängt von vielen Faktoren ab wie z.B. dem Willen der Politik, den Bauvorschriften und/oder dem Nachrüstzwang für Grundstückseigentümer. Es muss unser unbedingtes Ziel sein, den Verbrauch von Freiflächen einzugrenzen und auf versiegelte Flächen zu setzen.

Da wir aber dafür noch einige Zeit benötigen werden, die wir nicht haben, müssen temporär auch andere, vertretbare Lösungen genutzt werden.

Die Verwendung von Grünflächen für PV-Anlagen ist nicht ideal, aber keine Einbahnstraße, wenn die Anlagengestaltung gut ist und Rücksicht nimmt auf die biologischen Gegebenheiten. Dazu kommt, dass diese Anlagen jederzeit rückbaubar, umsetzbar und recyclingfähig sind, wenn sich unsere Möglichkeiten verändern.

Auf der Bürgerversammlung in Abbehausen, die anlässlich der Vorstellung des Solarblick-Projektes stattfand, wurde von Anwesenden erschreckenderweise auch geäußert, dass die Klimakrise und das Gegensteuern Humbug, Wahnsinn und herbeigeredet seien und man von dieser Vorstellung weggehen sollte.

Aber wir können es uns schlicht nicht leisten, die Augen zu verschließen. Solarenergie hilft auf schonende Art, die notwendige und von der Bundesregierung initiierte und forcierte Energiewende zu unterstützen. Niedersachsen hat erklärt, jährlich 3 GW mehr PV-Energie erzeugen zu wollen, um die vom Bund zum Ziel gesetzte Klimaneutralität in absehbarer Zeit zu erreichen.

Am 27. November 2024, **also tatsächlich vor fast einem Jahr**, wurde erstmalig das Vorhaben der Fa. Solarblick in einer Sitzung des Abbehauser Ortsrates bekannt gemacht, nördlich von Enjebuhr und westlich des Heeringer Weges einen Solarpark errichten zu wollen.

Seitdem wird über die Zulassung dieser Baumaßnahme und deren bautechnischer Vorgaben emotional gestritten. Betroffene Anrainer, aber wohl deutlich mehr nicht direkt betroffene Bürger haben ihren Unmut geäußert. Auch eine Unterschriftensammlung wurde gestartet. Auf der auch Unterschriften von Urlaubern zu finden sind, die wohl zufällig gerade bei Markant einkaufen wollten, als die Aktion lief – sich mit den örtlichen Gegebenheiten gar nicht auskannten, aber dennoch überzeugt wurden, ihre Stimme gegen die PV-Pläne anzugeben.

Die WIN hat wenig Verständnis für eine pauschale Ablehnung des Solarparks.

Nur wenige Sprecher für die Abbehauser Bürger führten Wort und hoben im Prinzip nur das Argument der ‚optischen Beeinträchtigung‘ hervor. Für Anwohner und Spaziergänger.

Die Fa. Solarblick hatte das geplante Projekt zuerst auf einer Sitzung des Ortsrates vorgestellt und erst danach bei einer Bürgerversammlung. Das hat viel Unmut hervorgerufen.

Dennoch oder vielleicht genau aus diesem Grund hat das Unternehmen in der Folge nach Ansicht der WIN zahlreiche Einwände und Anregungen aus der Bevölkerung aufgenommen und ins Konzept eingearbeitet.

Neben dem Erhalt von Biodiversität durch spezielle Baugestaltung und ergänzende Naturschutzmaßnahmen wurde auch ein Abstand von 50 m zur Wohnbebauung eingeplant, darauf die Anlage eines Gesträuchstreifens als Sichtschutz, die Versetzung einer Umspann- und Speichereinrichtung, sowie die Absenkung der Modulhöhe um einen Meter. Damit wurde weitreichend Rücksicht auf die Belange der Anrainer genommen, die ohnehin an ihren Grundstücksgrenzen über Hecken als Sichtschutz verfügen.

Das betroffene Feld umfasst ca. 13,5 ha und ist überwiegend extensiv bewirtschaftet. Ein großer Verlust für die Landwirtschaft ist also nicht zu beklagen, die Beeinträchtigungen für die Anwohner sind durch die geänderte Anlagengestaltung gering.

Doch das umfassende Entgegenkommen war den kategorischen Gegnern nicht genug. Sie forderten über Ratsmitglieder, die sich sonst eher nicht bei Bauleitplanungen hervortun, einen Kriterienkatalog für die Errichtung von neuen Photovoltaikanlagen. Das ging von einem 100m-Abstand über einen umfangreichen Mehrpunktekatalog bis hin zur gerade passend erschienenen BUND-Empfehlung, dem Gunstflächenkatalog des Landkreises zu folgen.

Diese Empfehlung findet sich dann auch im vorliegenden, Wählerstimmen schonenden Beschlussvorschlag wieder. Das hat zur Konsequenz, dass in Nordenham letztlich keinerlei PV-Anlagen-Projekte mehr zugelassen und umgesetzt werden können – mit Ausnahme der bereits genehmigten und der auf speziellen, kontaminierten Flächen.

Wird der Beschlussvorlage gefolgt, ist Enjebuhr vom Tisch und alle anderen regionalen Investoren können künftig ihre Projekte und Geldbörsen in der Tasche lassen.

Die WIN spricht sich gegen einen und speziell diesen Kriterienkatalog aus.

Der Vorschlag, 50 m Abstand von der Wohnbebauung einzuhalten, war als Kompromiss akzeptabel. Ein Verzicht auf Zukunftsprojekte ist das aber nicht.

Alle Vorgaben auch für PV-Anlagen werden im Bauleitverfahren, das sich an den jeweils herrschenden örtlichen Bedingungen orientiert, geregelt. Wozu sind daher neue fixe Vorschriften notwendig? Wollen wir denn nicht alle einen Abbau von Bürokratie?

Lassen Sie mich zusammenfassen:

- Der Klimawandel fordert den vermehrten Einsatz regenerativer Energie, gerade hier in unserer Stadt mit ihrer energieintensiven Industrie, die uns u.a. auch Wohlstand beschert.
- Das Konzept von Solarblick kommt den Anrainern in Abbehausen weit entgegen. Nur geringe Begleiterscheinungen sind unvermeidbar.
- Eine PV-Anlage kann nach Ende der Nutzungsdauer umweltfreundlich recycelt werden, sie verursacht keine Altlasten.
- Vorgaben für die Errichtung einer neuen PV-Anlage können ohne Parameterkatalog fallweise und individuell definiert werden.

Aus unserer Sicht ist die Stadt Nordenham längst nicht schnell genug, um dem Klimawandel durch Nutzung regenerativer Energien entgegenzuwirken.

Die Nutzung bereits versiegelter Flächen für PV wie bspw. Parkplätze und städtische Dächer muss zwingend beschleunigt werden. Entsprechende Vorschriften, Empfehlungen und Fördermittel gibt es. Der Grünflächenverbrauch kann damit deutlich eingedämmt werden.

Die WIN lehnt den vorgeschlagenen Kriterienkatalog aus dem beschlussvorschlag ab und unterstützt das Abbehauser PV-Projekt.